

Kein Weg gegen Einwegzigaretten

Ein Vorstoss fordert ein Verbot von Einweg-E-Zigis im Kanton Solothurn. Der Regierungsrat begrüsst die Idee – mit einem Aber.

Adrian Kamber

Sie sind billig, sie sind bunt, und sie schmecken nach «Mixed Berry», «Peach Ice», «Cola» oder «Triple Mango» – die Einweg-E-Zigaretten. Das Zielpublikum? Hauptsächlich Jugendliche. Erhältlich sind sie nicht nur am Kiosk oder im Supermarkt, sondern auch in Dönerläden und Barbershops. Das Problem: Sie machen schnell abhängig, und Nikotin kann bei Jugendlichen die Entwicklung des Gehirns beeinträchtigen. Zudem sind sie ein Umweltproblem, da die sogenannten Vapes mit ihren Lithiumbatterien oft im Müll statt im Recycling landen.

Ein Weg gegen Einwegzigaretten ist das Verbot. Seit letztem Oktober dürfen die Einwegzigis schweizweit nicht mehr an unter 18-Jährige verkauft werden. In den Kantonen Jura und Wallis sind sie sogar ganz verboten. Auch im Solothurnischen sollen die Dampfstängel bald nicht mehr zu kaufen sein. In einem Vorstoss fordert EVP-Kantonsrat André Wyss die Regierung dazu auf, Einweg-E-Zigaretten kantonsweit zu verbieten.

«Mit einem Verkaufsverbot dieser Nikotinfällen werden der Jugendschutz gestärkt und Teenager und Jugendliche vor der Abhängigkeit bewahrt», schreibt Wyss in seiner Begründung. Auf nationaler Ebene ist derzeit ebenfalls ein Vorstoss mit dieser Forderung hängig. Der Nationalrat hat ihm bereits zugestimmt, im Frühjahr wird der Ständerat darüber beraten. Da also noch offen ist, ob ein nationales Verbot kommt, will



Die dampfende Wurzel des Übels: Einweg-E-Zigaretten machen schnell abhängig und schaden der Entwicklung des Gehirns.

Bild: DPA

Wyss vorwärts machen. «Der Schutz der Jugendlichen und der Umwelt soll im Kanton Solothurn rasch erfolgen», schreibt der Kantonsrat.

Viele Jugendliche kommen auf den Geschmack

Nun hat der Regierungsrat seine Antwort auf den Vorstoss veröf-

fentlicht. Fazit: eine gute Sache, dieses Verbot. Denn auch der Regierungsrat sieht die möglichen Gefahren der Einweg-E-Zigaretten. Da sie schnell abhängig machen, seien sie «gerade für Jugendliche besonders schädlich». In der Antwort werden einige Zahlen zum Konsum aufgeführt: «Von den 14- bis

15-jährigen haben rund 37 Prozent in ihrem Leben bereits E-Zigaretten verwendet, bei herkömmlichen Zigaretten sind dies 26 Prozent.» Und bei den 13- bis 15-jährigen würden gar 7 Prozent regelmässig E-Zigis konsumieren.

Ausserdem sei nicht geklärt, welche Stoffe in den Flüssigkei-

ten der E-Zigaretten enthalten seien. Im Dampf wurden bekannte Giftsubstanzen wie Formaldehyd, Acetaldehyd oder Crotonaldehyd entdeckt. Ob ihre Konzentration genüge, um krank zu werden, sei unklar. Bekannt ist dagegen, dass im Dampf Inhaltsstoffe vorkommen, die «mindestens kurzfris-

tig Atemwegsreizungen und allergische Reaktionen auslösen können».

Nicht Problem dieser Stufe

Auch die Umweltproblematik hat der Regierungsrat erkannt. Es sei problematisch, dass die in den Vapes enthaltenen Chemikalien und Metalle (Lithium, Aluminium, Kobalt, Nickel) im Hausabfall entsorgt werden. Zudem bestehe bei nicht korrekt entsorgten E-Zigaretten Brandgefahr. In der Antwort wird deshalb auf die Recycling-Möglichkeit verwiesen. Jede Verkaufsstelle ist dazu verpflichtet, die E-Zigis kostenlos zurückzunehmen.

Der Regierungsrat begrüsse darum grundsätzlich ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten. Wenn das Wörtchen «aber» nicht wäre. «Ein entsprechendes Verbot müsste allerdings auf gesamtschweizerischer Ebene gelten. Eine isolierte kantonale Lösung macht aus Sicht des Regierungsrates keinen Sinn», heisst es in der Antwort. Die Konsumentinnen und Konsumenten würden in einem solchen Fall die Ware online bestellen oder in Nachbarkantonen kaufen.

Genau gleich argumentiert übrigens der Bundesrat, der den Vorstoss auf nationaler Ebene ablehnt. Er hält ein Verbot in der Schweiz nicht für zielführend, weil die EU kein solches hat und Konsumwillige einfach ausweichen könnten. Bei den Vaperinnen und Vapern im Kanton Solothurn dürfte sich die Aufregung also vorerst in Dampf aufgelöst haben.

Schutz vor Ausbeutung

SP, Grüne und Gewerkschaften weibeln für 23 Franken Mindestlohn.

Am 9. Februar kommt die Mindestlohninitiative der SP zur Abstimmung. Neben den Genossen weibeln die Grünen sowie die Gewerkschaften für das Anliegen. Via Medienmitteilung informierte dieses Komitee über seine Argumente.

Wer Vollzeit arbeite, solle davon leben können. Doch die Realität sehe anders aus: «Im Kanton Solothurn arbeiten mehrere tausend Menschen für weniger als 4000 Franken im Mo-

nat. Deshalb braucht es einen kantonalen Mindestlohn.»

Ein solcher verbessere die Situation von Menschen mit tiefen Löhnen rasch und effizient und schütze vor Firmen, «deren Geschäftsmodell nur dank Dumpinglöhnen funktioniert».

Unterschiede zwischen den Geschlechtern verringern

Tiefstlöhne hätten ihren Preis. Was Unternehmen bei Löhnen

sparen, würde die Gesellschaft in Form von Prämienverbilligungen, Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen bezahlen. Ein Mindestlohn von 23 Franken verhindere, «dass Tieflohnfirmen auf Kosten der Bevölkerung Gewinne einstreichen».

Besonders betroffen von tiefen Löhnen seien Frauen, die häufig am Fließband, in der Reinigung oder der Pflege arbeiten würden. «Und viele junge Arbeitnehmende werden im Rahmen von Scheinpraktika jahrelang unterbezahlt.» Auch vor solcher Ausbeutung würde ein Mindestlohn schützen, und er verringere die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Mehrere Kantone haben bereits einen Mindestlohn eingeführt. Das funktioniere, so die Befürworter. «Menschen können sich endlich einen Kaffee in einem Restaurant oder einen Haarschnitt leisten.» Der Mindestlohn stärke das Solothurner Gewerbe im ganzen Kanton und mache den Kanton für Arbeitnehmende wie auch Arbeitgebende attraktiv. (szr)



Das Solothurner Komitee für den Mindestlohn.

Bild: szr

Ein Anbau für 40 Millionen Franken

Um sein weiteres Bestehen zu sichern, wird das Spital Dornach ausgebaut.

Das Spital Dornach erstellt für 40 Millionen Franken einen Anbau. Teile des Krankenhauses sind in die Jahre gekommen und müssen dringend erneuert werden. Seit mehreren Jahren hegt die Solothurner Spitäler AG den Wunsch, anzubauen. Wie sie mitteilt, soll der Baustart in diesem Jahr erfolgen.

Wäre es nach dem Spital gegangen, wäre der Anbau früher realisiert worden. Anwohnende hatten sich aber in der «IG Spitalerneuerung zum Wohle aller» zusammengeschlossen und sich gegen die anfänglichen Anbaupläne ausgesprochen. Zwar stellen sie sich nicht gegen eine Erneuerung. Sie machten jedoch geltend, dass das Spital dafür keine nicht-spitaleigenen Flächen benötige. Der ursprüngliche Anbau hätte für einige Anwohnende eine Einschränkung ihrer Aussicht bedeutet.

Die Solothurner Spitäler AG hat ihre Pläne angepasst. In der Mitteilung schreibt sie: «Aufgrund der im Vorfeld eingegangenen Bedenken der Nachbar-



Das Spital ist in der Region Basel sehr beliebt.

Bild: szr

schaft hat sich die Solothurner Spitäler AG für ein alternatives Projekt zum ursprünglich geplanten Anbau entschieden.» Dieses werde zonenkonform gänzlich auf dem bestehenden Grundstück realisiert.

Spitaldirektorin Irene Wyss sagt auf Anfrage, dass alle Erneuerungen auch im neuen Projekt untergebracht werden könnten. «Es handelt sich um einen Anbau, der den vollständigen Ersatz des Operationsbereiches von 1963 vorsieht inklusive den vor- und nachgelagerten Räumen.» Auch die Parkplatzsituation werde mittels Tiefgarage erweitert. (hof)

Nachrichten

Drogendealer festgenommen

Gretzenbach Der Kantonspolizei Solothurn ist es vor ein paar Tagen in Gretzenbach gelungen, einen mutmasslichen Drogendealer festzunehmen. In diesem Zusammenhang konnten eine grössere Menge Heroin, Kokain, Streckmittel und mehrere 1000 Franken Bargeld sichergestellt werden. Der 24-jährige Albaner wurde für weitere Ermittlungen vorläufig festgenommen. (pks)

Freiwillige helfen im digitalen Alltag

Caritas Im Rahmen des «Digi-Treffs mit Kurzinput» beraten Freiwillige von Caritas Solothurn die Teilnehmenden bei Fragen zu digitalen Themen. Auch in diesem Jahr findet die Veranstaltung einmal monatlich in Zusammenarbeit mit der Zentralbibliothek Solothurn statt. Nebst den gängigen Themen wie Whatsapp, Twint und SBB-App erwarten die Interessierten dieses Jahr Inputs zu neuen und aktuellen Themen wie Alarm-Apps, Handyeinstellungen und Sicherheit im Internet. Alle Infos auf www.caritas-solothurn.ch. (szr)